

Gewerkschaftliche Strategien gegen rechte Ideologien

MICHAEL FISCHER

Rechtspopulistische Erfolge – kein Problem?

Mit der AfD ist eine rechtspopulistische Partei mittlerweile in allen Landesparlamenten und seit der Bundestagswahl im September 2017 als drittstärkste Partei im deutschen Bundestag vertreten. Teile dieser Partei stehen dabei offen für rechtsextreme Haltungen, ohne dass sich der Rest der Partei dem konsequent entgegenstellt. Dabei werden solche Haltungen offenbar nicht von allen ihren Wähler*innen geteilt. Immerhin 61% der AfD-Wähler*innen gaben unmittelbar nach der Bundestagswahl an, dass sie die Partei aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt hätten, während nur 31% ihr Stimmverhalten damit begründeten, dass sie von der AfD überzeugt seien – bei den anderen Parteien war es nahezu umgekehrt. Wahlkampf und Programm der AfD waren und sind jedoch eindeutig rechtspopulistisch bis rechtsextrem geprägt.

Der Kern des Rechtspopulismus besteht in dem Anspruch, das „wahre Volk“ zu vertreten, wobei eine homogene Volksgemeinschaft unterstellt wird: Ob ethnisch, völkisch oder kulturell begründet, geht es darum, ein „Innen“ derer, die zu dieser Gemeinschaft gehören, in Frontstellung gegen ein „Außen“ derer zu bringen, die nicht dazugehören. Verbunden wird dies mit Vorstellungen von unterschiedlichen Ansprüchen, Rechten und letztlich unterschiedlichen menschlichen Wertigkeiten. Hierbei handelt es sich um ein Kernmerkmal der AfD, das selbst Protestwähler*innen nicht verborgen geblieben sein dürfte. Die Wahlerfolge der AfD haben das Führungspersonal nahezu aller etablierten Parteien dazu ermuntert, sich zumindest zeitweilig oder in Teilen rechtspopulistischen Positionen anzunähern.

Kreuzgefährlich am Rechtspopulismus ist, dass er den Boden für unüberwindbare Spaltungen und Konflikte bereitet, die von der idealisierten Beschworung einer homogenen Bevölkerung in der Mobilisierungsphase zu einem

gewaltsam homogenisierenden Faschismus in der Umsetzungsphase führen kann, wenn solche Konzepte Eingang in Regierungshandeln finden.

Die AfD als neue Arbeiterpartei?

Besondere Aufmerksamkeit erhält die AfD seit einiger Zeit dadurch, dass sie unter Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittliche Erfolge erzielt. Während bei der Bundestagswahl 2017 die AfD im Bevölkerungsdurchschnitt 12,6% der Stimmen erhielt, waren es bei männlichen Gewerkschaftsmitgliedern 18% (bei weiblichen nur 10%). Allerdings – und das gilt auch für die jüngeren Landtagswahlen¹ – ist es nur eine Minderheit von Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, bei der die AfD Zustimmung erfährt. Die deutliche Mehrheit positioniert sich bei der Union, der SPD, der Linken oder den Grünen. Dennoch war mancherorts schnell die Rede von der AfD als der „neuen Arbeiterpartei“.

Doch programmatisch kann die AfD keineswegs als Arbeiterpartei gelten. Entstanden im Februar 2013 als elitäres, neoliberales Anti-Euro-Projekt, hat die AfD ihre neoliberale Stoßrichtung in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht beibehalten. Trotz stellenweise strategisch motivierter Rhetorik, die „die selektive Aufnahme sozial- und wirtschaftspolitischer Forderungen im scheinbaren Sinne von arbeitnehmerpolitischen Interessen beinhaltet, um mit populistischer Ansprache Arbeitnehmerschichten mobilisieren zu können“², sind Programmatik und Rhetorik der AfD vorrangig durch eine Haltung völkisch konnotierter Härte und Leistungsorientierung gekennzeichnet.

Das führt zu der umstrittenen Frage, wie die Erfolge der Rechtspopulisten zu deuten sind – umstritten, weil damit kontroverse Positionen zusammenhängen, wie Globalisierung, kulturelle Liberalisierung sowie Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zu bewerten sind.

Deutungen rechtspopulistischer Erfolge

Für entsprechende Deutungen kursieren verschiedene Thesen, die teils fließend ineinander übergehen. Eine Auslegung stellt darauf ab, dass hier ein „Kulturkampf“ zum Ausdruck komme. Statt soziale Ungleichheit zu problematisieren, hätten bei linken Parteien Anerkennungskämpfe für Minderheiten und „politische Korrektheit“ überwogen. Damit sei ein Kulturwandel befördert worden, der für manche eine Provokation darstelle. Diese Sichtweise dürfte auch von vielen AfD-Funktionären geteilt werden. So erhielt ihr Ko-Vorsitzender Jörg Meuthen 2016 stehende Ovationen für seinen Ausspruch: „Wir wollen weg vom linksrotgrün verseuchten und versifften Deutschland der Achtundsechziger“.

Eng damit zusammen hängt die These von der Repräsentationslücke: Ein national- und wertekonservatives Potenzial habe es schon immer gegeben, es sei aber durch die Unionsparteien bis vor einigen Jahren noch eingebunden und so gezähmt worden. Doch nicht zuletzt mit der zunächst vergleichsweise liberalen Flüchtlingspolitischen Positionierung der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden hätten die Unionsparteien konservative Schlüsselthemen aufgegeben. Von „Entkernung“ und „Sozialdemokratisierung“ der Union war die Rede – mit der Konsequenz nicht nur der Abspaltung, sondern auch der Radikalisierung konservativer Strömungen.

1 Das Ergebnis der Europawahlen 2019 konnte hier nicht berücksichtigt werden, da der Redaktionsschluss dieses Hefts vor dem Wahltermin lag.

2 Häusler, A./Roeser, R. (2017): Rechtspopulismus: Entwicklung und aktuelle Erscheinungsformen in Deutschland, in: Allmendinger, B./Fährmann, J./Tietze, K. (Hrsg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, Hamburg, S. 18–28, hier: S. 25.

Nicht zuletzt kursiert die These, dass sich im Erfolg des Rechtspopulismus Abstiegsängste Bahn brächen, wobei die Enttäuschten und Verunsicherten den etablierten Parteien nicht mehr die Kompetenz zur Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen zusprechen. Angesichts entsprechender Abstiegsängste in Kombination mit einem derart empfundenen Kontrollverlust erscheine ihnen der Rückzug auf Nationalstaat, Volksgemeinschaft und vermeintlich traditionelle Werte als attraktive Alternative. Abstiegsängste müssten dabei allerdings weit gefasst werden: Sie betreffen „auch Personen, die nicht unmittelbar von einem sozialen Abstieg bedroht sind. Dies lässt sich damit erklären, dass sich Abstiegsängste auch aus einem Gefühl des ‚Ausgeliefertseins‘ speisen. Bei der Entstehung dieses Gefühls spielen Erfahrungen am Arbeitsplatz, beispielsweise der Eindruck zunehmender Kontrolle der eigenen Arbeitsleistung, eine wichtige Rolle. Dieses eher diffuse Gefühl einer allgemeinen sozialen Verunsicherung macht sich die AfD zunutze.“³

Hinzu kommen weitere Veränderungen in der Arbeitswelt, die auf ihre Selbstwertdimension⁴ verweisen. Die Arbeitswelt in der Bundesrepublik ist mehr als nur materielle Erwerbssphäre, sie stellt auch einen zentralen Dreh- und Angelpunkt sozialer Anerkennungsbezüge dar: „Es sind diese Veränderungen in der Arbeitswelt – der Aufstieg neuer Berufe, die Ausweitung der Frauenarbeit, die Dominanz akademischer Qualifikationen bereits auf mittleren Ebenen und die damit verbundene Dominanz der auf soziale Distinktion bedachten Sprechweisen, Lebensführungsmodelle, Kulturtechniken –, die den Nichtaufsteigenden den Bedeutungsverlust ihrer Werte und Lebensstile alltäglich vorführen.“⁵

Zu treffen scheinen sich die Deutungen im Begriff der (sozialen) Deklassierung, denn „Deklassierung umfasst sowohl materielle Verschlechterungen als auch Bedeutungs- und Statusverluste sozialer, kultureller oder politischer Art. Soziale Deklassierung kann absolut sein, aber auch relativ, das heißt bei gleichbleibender

eigener sozialer Position rücken andere Schichten auf oder überholen andere. Deklassierung umfasst Vergangenheit und Gegenwart, vor allem aber auch die Zukunftserwartungen, wenn man etwa davon ausgehen muss, dass das eigene Lebensmodell für die Kinder nicht mehr erreichbar sein wird.“⁶ Damit bleiben der Rechtspopulismus und seine Erfolge jedoch eine vielschichtige Angelegenheit.

Gewerkschaftliche Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus

So wenig Rechtspopulismus ein eindimensionales Phänomen ist, so wenig gibt es die eine gewerkschaftliche Strategie, dagegen anzugehen. Dabei können grob drei Handlungsfelder unterschieden werden: Klare Kante und Flagge im Betrieb und auf der Straße zeigen, Lobbypolitik für Gute Arbeit, soziale Sicherheit und handlungsfähigen Staat, sowie das gewerkschaftliche Kerngeschäft der Betriebs-, Branchen- und Tarifpolitik.

Klare Kante und Flagge zeigen – gegen Diskriminierung, Menschenverachtung und Rassismus, für Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung: Hier geht es darum, in den Betrieben und auf den Straßen – oder auch in der Warteschlange in der Bäckerei – nicht wegzuschauen und zu schweigen, wenn rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Parolen fallen, sondern dagegenzuhalten. In diesen Kontext sind gewerkschaftliche Initiativen und Beteiligungen an antirassistischen Bündnissen einzuordnen, von *Aufstehen gegen Rassismus* bis zur *Allianz für Weltoffenheit*. Unterstützungsangebote wie etwa Argumentationstrainings gegen rechts oder Materialien für betriebliche Aufklärungskampagnen werden seitens der Gewerkschaften in ihren Bildungsprogrammen nicht nur vielfach angeboten, sondern auch in durchaus beträchtlichem Umfang nachgefragt. Allein reicht dies aber nicht aus, um die Ausbreitung des Rechtspopulismus zu stoppen und zurückzudrängen. Dafür muss ihm auch der Nährboden sozialer Verunsicherung und Ängste entzogen werden.

Das politische Engagement für Gute Arbeit, soziale Sicherheit und einen handlungsfähigen Staat muss aufrechterhalten und verstärkt werden. Gegenüber einem in Teilen hegemonialen neoliberalen Gesellschaftsbild, das freie Märkte idealisiert oder zu Sachzwängen verklärt, deren Entwicklungen sich die Menschen anzupassen haben, gilt es, Wirtschaft, Arbeit und soziale Sicherheit zu politisieren: Fehlentwicklungen problematisieren, Gestaltungsalternativen aufzeigen, Macht- und Interessenkonstellationen benennen. Durch Kampagnen für den Mindestlohn, für die Aufwertung sozialer Berufe und den öffentlichen Dienst oder für einen Kurswechsel bei der gesetzlichen Rente konnten bereits Akzente im politischen Diskurs gesetzt und erste Kurskorrekturen eingeleitet werden.

Ein echter Kurswechsel steht aber noch aus. Wenn zentrale Anforderungen an Sicherheit in der Arbeitswelt, an die Absicherung gegen elementare Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Armut im Alter und Zugänge zu gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen nur schwache Resonanz in parteipolitischer Programmatik und perspektivisch im Regierungshandeln finden, werden weitere Erfolge der Rechtspopulisten schwerlich aufzuhalten sein. Gleiches gilt auch, wenn es nicht gelingt, dem Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitswelt von einer Industriegesellschaft in Richtung einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit einem wachsenden Anteil personenbezogener Dienstleistungen – hier insbesondere im Care-Sektor – angemessen Rechnung zu tragen und ihn mit einer positiven Zukunftsvision zu verbinden. Diese Herausforderung darf seitens der Gewerkschaften nicht unterschätzt werden – in weiten Teilen zielen sie noch auf ein Professionalitätsethos und Selbstbewusstsein einer (vorwiegend industriell geprägten) Facharbeiterschaft, die aber selbst sowohl quantitativ als auch kulturell unter Druck gerät, während auf der anderen Seite neue arbeitsbezogene Leitbilder, die auch Ansätze für gemeinschaftliches Handeln bieten, allenfalls rudimentär vorhanden sind.

3 Kohlrausch, B. (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus: Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung (58), Düsseldorf, S. 22f.

4 „Was es auch ist, Menschen sind immer etwas von Wert für sich und andere. [...] Der tatsächliche Gang der Ereignisse erhält für die Men-

schen, die darin verwickelt sind, Bedeutung und Sinn durch seine Funktion der Erhöhung oder Erniedrigung in einem vorgegebenen Schema von Selbstwerten. Heute wird der Begriff ‚Wert‘ oft in einer Weise gebraucht, als ob ein Individuum seine Werte freischwebend in der Luft finde. Das aber ist nicht der Fall.“ (Elias, N. / Scotson, J. L. [1993]: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M., S. 308).

5 Kahrs, H. (2018): Versuche, uns und anderen die rechtspopulistische Dynamik in Deutschland zu erklären, in: Candeias, M. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien (24), Berlin, S. 16–32, hier: S. 27.

6 ebd., S. 28f.

Davon betroffen ist auch das gewerkschaftliche Kerngeschäft selbst, die Betriebs-, Branchen- und Tarifpolitik, die auch eine Schlüsselrolle beim Kampf gegen rechte Ideologien spielt. Es muss darum gehen, dass Gewerkschaft in der Arbeitswelt einen positiven Unterschied ausmacht: Die Erfahrung von kollektiver Selbstwirksamkeit in kollegialer Solidarität, ungeachtet der sozialen oder geografischen Herkunft,

ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit oder sexuellen Orientierung, entzieht dem Rechtspopulismus den Nährboden, indem sie den „Angrostrohstoff“ (Oskar Negt) austrocknet, und nimmt ihm den Wind aus den Segeln, indem sie dem empfundenen Kontrollverlust einen praktisch erlebbaren Kontrollgewinn entgegensetzt. Vermieden werden muss aber, dass dann neue Insider-Outsider-Konstellationen entstehen. ■

AUTOR

MICHAEL FISCHER ist Leiter des Bereichs Politik und Planung in der ver.di-Bundesverwaltung, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Themen des Strukturwandels in Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft.

 michael.fischer@verdi.de
